

Freitag, 7. November 2008

«Es brodelt in diesem Raum»

Der deutsche Planer Klaus Fleck fordert Prognose über Grenzen

INTERVIEW: PETER SCHENK

Basel will für seine Wertschöpfung bis 2030 mehr Jobs schaffen, obwohl die Einwohnerzahl abnimmt. Wo aber sollen die neuen Grenzgänger und Pendler wohnen, fragt der südbadische Politiker und Raumplaner Klaus Fleck (CDU).

Klaus Fleck hat jahrzehntelange Erfahrungen als Raumplaner und ist Präsident der Raumplanungskommission des Districtsrats, des «Parlaments» des trinationalen Eurodistricts Basel (siehe Text unter dem Foto).

BaZ: Sie haben sich zuletzt sehr kritisch zum Basler Richtplan geäussert. Warum?

KLAUS FLECK: Wir haben im Districts-

rat den Basler Richtplan zur Stellungnahme erhalten und festgestellt, dass Text und Realität stark auseinanderklaffen. Bei uns würde ein Flächennutzungsplan mit derartig mageren Zahlen wie zur Bevölkerungsentwicklung oder zu den Arbeitsplätzen nicht genehmigt werden. Der Zürcher Richtplan ist erheblich qualifizierter.

Woher haben Sie Ihre Informationen?

Ich habe ausschliesslich mit amtlichen Zahlen gearbeitet wie denen des Schweizer Bundesamtes für Statistik. Ausserdem hatte ich vom Regionalverband Hochrhein-Bodensee den Auftrag zu untersuchen, wie sich die Bevölkerungsentwicklung der Grenz-Kantone auf den deutschen Grenz-

raum auswirkt. Deshalb hatte ich schon sehr viele Informationen.

Was heisst das in Bezug auf Basel?

Das Amt für Statistik sagt entgegen den bisherigen Verlautbarungen des Kantons, dass die Einwohnerzahl Basels abnehmen wird und im Jahr 2030 noch bei 176 500 Einwohnern liegt. Und dies, obwohl es von sehr hohen Wanderungsgewinnen aus dem Ausland ausgeht, also von vielen Zuzüglern. Interessant ist, dass die erwerbstätige Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren in Basel um 10 400 abnimmt und in Baselland um 9900, also zusammen um rund 20 000.

Aber Basels Ziel ist es doch, die Einwohnerzahl zu halten.

Es stellt sich die Frage, ob das realistisch ist. Entscheidend dabei ist der Nettozuwachs von Wohnungen. Basel-Stadt hat in den letzten zehn Jahren durchschnittlich 450 Wohnungen im Jahr errichtet, aber auch 350 Wohnungen vernichtet. Der Netto-Zuwachs betrug pro Jahr also nur 100 Wohnungen.

Was bedeutet das?

Wenn Basel seine Bevölkerungszahl halten will, braucht es ein Wohnungswachstum von 0,44 Prozent des Bestands, das kann man nach einem in der Raumplanung üblichen Verfahren errechnen. Das hängt damit zusammen, dass weniger Personen in einem Haushalt wohnen und deshalb insgesamt mehr Wohnungen benötigt werden. Basel hat 100 000 Wohnungen und braucht also pro Jahr rund 450 neue. Der Netto-Zuwachs beträgt aber nur 100.

Aber das ist Basels Problem. Was heisst das für den Landkreis Lörrach?

Wenn die Zahl der erwerbstätigen Bevölkerung zurückgeht und gleichzeitig mehr Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, müssen die Arbeitskräfte aus den anderen Räumen kommen. In Deutschland muss für neue Arbeitsplätze auch das notwendige Wohnbauland nachgewiesen werden. Das sieht die Schweizer Gesetzgebung nicht vor. Für Salina Raurica sind 8000 neue Arbeitsplätze geplant, aber nur wenige neue Wohnungen vorgesehen.

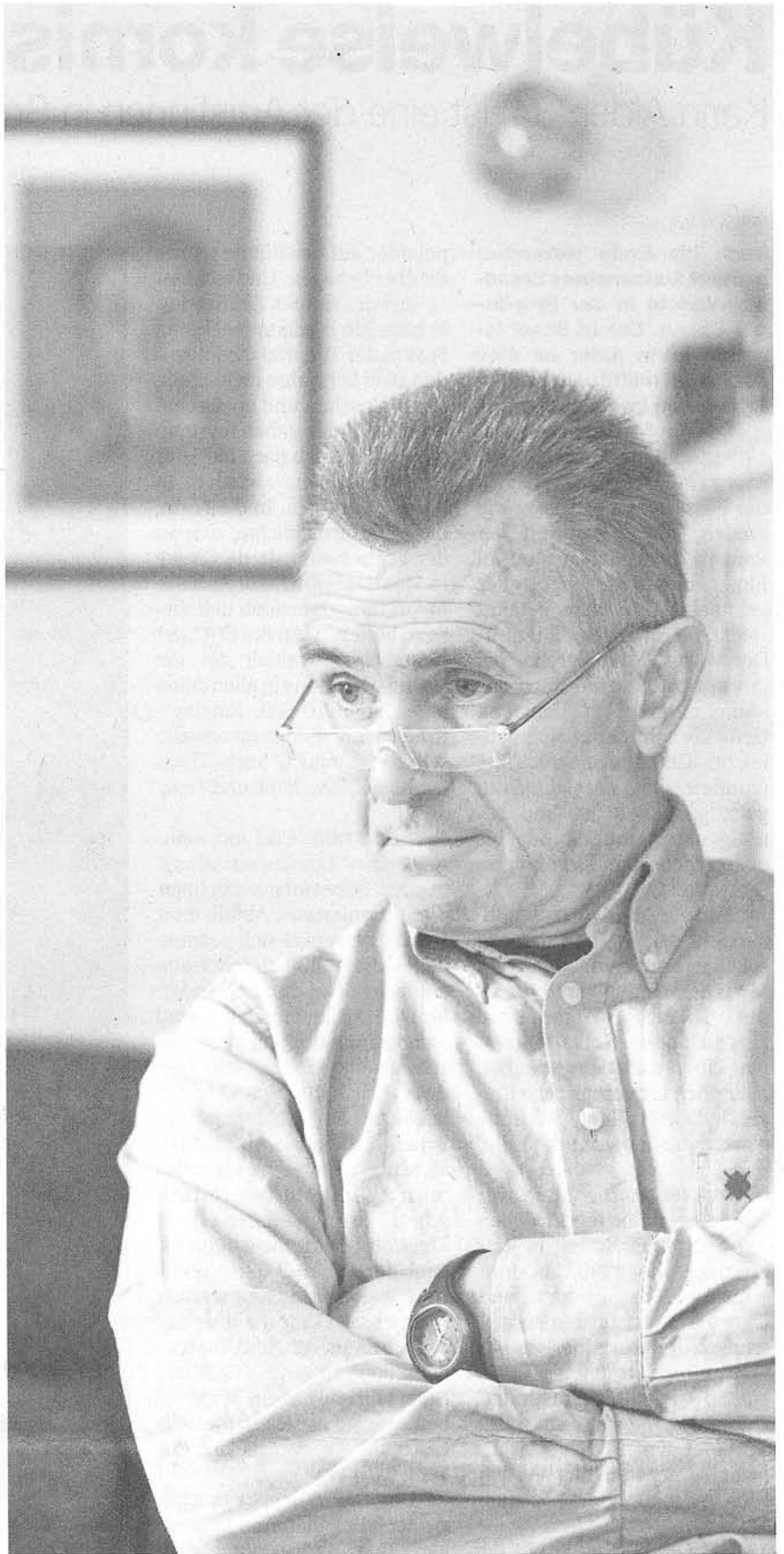
«Der Kanton Baselland hätte noch Kapazitäten für Wohnbebauungen.»

Sie behaupten, der Siedlungsdruck auf den Landkreis Lörrach werde deshalb wachsen. Aber die Pendler oder Grenzgänger könnten aus dem Elsass oder anderen Kantonen kommen.

Baselland zum Beispiel hat durch die Wanderungsgewinne der letzten zwei Jahrzehnte aus Basel-Stadt in 2020/2030 eine äusserst ungünstige Altersstruktur. Um 2030 liegt der Anteil der über 65-Jährigen an den Erwerbstätigen von 20 bis 64 Jahren bei 48,5 Prozent, in Basel-Stadt bei 40,1 Prozent. Das heisst: Wenige Erwerbstätige müssen enorm viele Rentner finanzieren. Aus Baselland können also nicht viele Pendler kommen.

Aber vielleicht kommen mehr Elsässer?

Der Abbau der elsässischen Grenzgänger ist enorm. Allein in den letzten zwölf Monaten sind rund 1300 französische Grenzgänger weniger gezählt worden. Gleichzeitig gab es bei den Deutschen eine Zunahme von 1000.



Kritischer Blick. Klaus Fleck zeigt Folgen der Basler Planung auf. Foto Roland Schmid

Aber was ist schlecht daran, wenn die neuen Grenzgänger im Landkreis Lörrach wohnen? Bevölkerungswachstum ist in Mitteleuropa doch etwas Positives!

Ich sehe das auch positiv. Es ist nur die Frage, wo im Landkreis die Grenzen sind. Die Stadt Lörrach stösst an ihre

Entwicklungsmöglichkeiten, auch aufgrund von Naturschutzgebieten. Weil hat nur wenig Flächen, das Wiesental wird durch Wasserschutzgebiete durchschnitten, Grenzach-Wyhlen versucht, ein Schutzgebiet für be-

stimmte Vogelarten für eine Bebauung freizubekommen. Das ist derzeit tabu und kaum möglich.

Wo wäre denn noch Platz?

Die Stadt Rheinfelden hat noch Kapazitäten. Ferner gibt es von Binzen bis Kandern Platz. Ziel muss sein, dort neue Siedlungen zu errichten, wo der schienengebundene öffentliche Verkehr bessere Erschliessung ermöglicht. Stellen Sie sich vor, dass 10 000 oder 15 000 neue Grenzgänger nach Basel pendeln. Die Strassen könnten das nicht aufnehmen und wären verstopft. Das hätte auch wirtschaftlich negative Auswirkungen. Auch sind die Parkplätze nicht vorhanden.

Aber es ist doch für alle positiv, wenn Basel weiter hochkarätige Jobs schafft!

Für mich stellt sich auch die Frage, was es für den Landkreis Lörrach bedeutet, wenn Basel ihn von hochwertigen Arbeitskräften leersaugt.

Aber was bedeutet es, wenn Basel keine Jobs mehr hat für die Lörracher?

Da sind wir uns einig. Das sind Fragen, die müssen gemeinsam gelöst werden. Wenn Sie mit dem Leiter des Lörracher Arbeitsamts sprechen, werden Sie hören, dass er grosse Schwierigkeiten hat, qualifizierte Fachkräfte für Betriebe aus dem Landkreis zu finden. Er könnte ohne Schwierigkeiten bis zu 1000 Fachkräfte in die Schweiz vermitteln, aber er hat sie nicht. Es brodeln in diesem Raum.

Raumplaner und Kommunalpolitiker

KOMPETENT. Klaus Fleck (66), Vater von zwei Kindern, stammt aus Karlsruhe und war bis 2002 für 24 Jahre Bürgermeister von Schopfheim mit knapp 20 000 Einwohnern. Er hat Vermessungswesen studiert und vor seiner Tätigkeit als Bürgermeister als Stadt- und Regionalplaner in Karlsruhe, beim Regierungspräsidium und in der freien Wirtschaft gearbeitet. Von 1994 bis 2002 war er Vorsitzender des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen des Deutschen Städte- und Gemeindebunds und ferner zehn Jahre stellvertretender Vorsitzender des Beirats für Raumordnung der deutschen Bundesregierung. Heute ist er Fraktionsvorsitzender der CDU im Parlament des Landkreises Lörrach, dem Kreistag. psc

Was fordern Sie denn?

Wir brauchen eine grenzübergreifende Raumordnungsprognose. Wenn Basel für die steigende Wertschöpfung verstärkt Grenzgänger benötigt, muss es sich überlegen, wie diese zu ihren Arbeitsplätzen kommen. Man kann die Defizite nicht einfach den betroffenen Gebietskörperschaften überlassen. Wir müssen das Kosten-Nutzen-Verhältnis in der Region diskutieren. Ausserdem bin ich skeptisch, ob die deutsche Seite ausreichend Flächen hat, um einen verstärkten Zuzug von Grenzgängern unterzubringen.

Gibt es nirgenawo Platz?

Der Kanton Baselland hat, nachdem er sich an einer EU-geförderten regionalen Studie mit sechs Regionalverbänden beteiligt hat, indirekt den Nachweis erbracht, dass dort die grössten Flächenpotenziale für weitere Wohnbauungen vorhanden sind. Während in Baden-Württemberg durchschnittlich acht Quadratmeter pro Einwohner zur Verfügung stehen, sind es im Kanton Baselland 18 Quadratmeter. Dort wären also noch Kapazitäten.*

* Zum Thema Baulandreserven im Baselbiet siehe auch BaZ vom 5.11.